

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1995
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Berlin braucht die liberale Stimme“

(Beschlossen vom Landesausschuß
am 19., 20. und 27. Juni 1995)



Berlin braucht die liberale Stimme

F.D.P.
Die Liberalen

F.D.P.
Die Liberalen

Impressum

Dies ist das Wahlprogramm der Berliner F.D.P. zur Abgeordnetenhauswahl am 22. Oktober 1995, beschlossen vom Landesauschuß am 19., 20. und 27. Juni 1995

Herausgeber F.D.P. Berlin, Mohrenstr. 20/21, 10117 Berlin-Mitte

Idee und Layout Castenow, Kienpointner, Werkstudio

Realisierung Löning & Partner, Berlin
Druck p-altmann Druck GmbH, Berlin

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Sie wollen, daß sich der Staat auf die wirklich notwendigen Aufgaben konzentriert – und Sie wollen nicht ständig bevormundet werden? Sie wollen, daß beim Sparen endlich Phantasie gezeigt wird – und nicht nur beim Erfinden von neuen Steuern und Abgaben? Sie wollen, daß Sie sich in Berlin vernünftig fortbewegen können – und Sie nicht zum Versuchsobjekt wildgewordener Verkehrsplaner werden? Daß Ihre persönliche Leistung anerkannt und belohnt wird – und nicht ideologisch verteufelt oder gar weggesteuert wird? Daß Sie als Staatsbürger ernstgenommen – und nicht wie Staatsbesitz gegängelt werden?

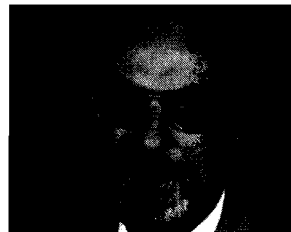
All das wollen Sie? Dann lesen Sie doch einfach, was wir Ihnen dazu sagen können.

In unserem Programm finden Sie die liberale Vision für Berlin – unser Bild von der Zukunft unserer Stadt. Wir beschreiben unsere Stadt so, wie sie aussehen wird, wenn wir unsere politischen Vorstellungen umgesetzt haben. Gleichzeitig zeigen wir Ihnen auch unseren Weg in diese Zukunft. So stellen wir hier unserer Vision konkrete Maßnahmen gegenüber.

Vision und Maßnahmen für ein liberales und lebenswertes Berlin. Freiräume für den



Dr. Günter Rexrodt, MdB
Landesvorsitzender der
Berliner F.D.P. und
Bundeswirtschaftsminister



Axel Kamholz, MDA
Fraktionsvorsitzender der
F.D.P. im Abgeordnetenhaus
und Spitzenkandidat für die
Wahl zum Abgeordnetenhaus
am 22. Oktober 1995

einzelnen und nicht Alpträume für unsere Stadt: keine Neuaufgabe der Großen Koalition, keine rot-grüne – möglicherweise gar PDS-tolerierte – Regierung und keine Ampelkoalition.

Aus Liebe zu unserer Stadt bitten wir Sie um Ihre Stimme für die F.D.P. Denn die F.D.P. ist die beste Garantie gegen Rot-Grün in Berlin. Und nur mit der F.D.P. gibt es eine bürgerliche Alternative zur Großen Koalition.

GR
Günter Rexrodt

JK
Axel Kammholz

Ausgangspunkt unserer Vision für Berlin ist, daß die Vereinigung von Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Bundesland bereits realisiert ist.

In der linken Spalte beschreiben wir das Berlin der Zukunft, nach der Realisierung liberaler Vorstellungen. Fehlende Entscheidungen der Großen Koalition und das Mißmanagement von rot-grün sind überwunden. Viele Formulierungen deuten auf bereits gelöste Probleme hin – klar, denn hier wird aus der Zukunft heraus beschrieben, was sich in Berlin durch konsequente liberale Politik verändert hat.


In der rechten Spalte verdeutlichen wir, welche Forderungen politisch umgesetzt werden müssen, damit die Vision Wirklichkeit werden kann.

<i>A</i> ldershof	8	Existenzgründungen	12
Ansiedlung von Unternehmen	8, 53	Fachhochschulen	31
ARD, Landessender	47	Fahradspuren	18
Arztwahl	42	Familienarbeit	35
Asländerintegration	40	Familienberatungsstellen	35
Baugenehmigungen	22	Finanzierung universitärer Forschungsvorhaben	9
Bauland	22	Flächennutzungsplan	62
behindertengerechte Stadt	38	Flughafen	9, 15
»Berliner Mischung« aus Wohnen, Arbeiten, Leben	59	Fluglärmmissionskontingente	66
Berufliche Bildung	13, 28	Ganztagsschulen	26
betreutes Wohnen	38	Genehmigungsverfahren	11
Bezirksreform	53	gerichtliche Entscheidungen	55
Bibliotheken	47	Gesetzgebung	54
Bürgergeld	34	Gesundheitswesen, Budgetierung	41
Busspurnetz	17	Krankenhäuser	42
Datenschutz	57	Gewalt gegen Frauen	56
Denkmalschutz	60	Gewerbeflächen	10, 61
Direktwahl der Bezirksbürgermeister	53	Gewerbsteuer	13
Drogen	43	Gleichstellung von Frauen und Männern ..	35
Eigenverwaltung der Schulen	26	Großveranstaltungen	55
Einwanderungsland	40	Grundschule	25
Emissions- und Nutzungsrechte	66	Güterverkehrszentren	19
Europaschulen	25	Gymnasien	25

<i>Haushaltsrecht</i>	51	<i>Kultureinrichtungen, Finanzierung</i>	46
<i>HIV-Infektionen</i>	43	<i>kulturelle Vielfalt</i>	45
<i>Hochschulen</i>		<i>Kulturförderung durch die Wirtschaft</i>	46
<i>Eigenverantwortung</i>	29	<i>Ladenschluß</i>	12
<i>Finanzierung</i>	28	<i>Lebensgemeinschaften</i>	38
<i>private</i>	29	<i>Lehrerfortbildung</i>	27
<i>Homosexualität</i>	38	<i>Lehrfach Ethik und Philosophie</i>	27
<i>Immobilienvermögen des Staates</i>	51	<i>Mitte, planerische Neugestaltung</i>	59
<i>Innovationen</i>	8	<i>Mittelstand</i>	10
<i>integrierte Industriestandorte</i>	8	<i>Müllgebühren</i>	70
<i>Justiz</i>	55	<i>Musikschulen</i>	47
<i>Kinderbetreuungsplätze</i>	34	<i>Obdachlosigkeit</i>	39
<i>Kindererziehungszeiten</i>	35	<i>öffentliches Dienstrecht</i>	52
<i>Kleingärten</i>	61	<i>Ökosteuern</i>	66
<i>Klimaschutz</i>	69	<i>Opernhäuser und Theater</i>	45
<i>Kommunikations- und Medienwirtschaft</i>	13	<i>ÖPNV</i>	16, 17, 18
<i>Kongreßstadt</i>	10	<i>Ortsumfahrungen</i>	17
<i>Kontrollinstitution</i>		<i>Park & Ride</i>	16
<i>für elektronische Medien</i>	48	<i>Parkanlagen</i>	62
<i>Kostenerstattungsprinzip (Krankenkassen)</i>	41	<i>Parkraumbewirtschaftung</i>	16
<i>Kreditaufnahme</i>	51	<i>Pflegedienste</i>	39
<i>Kriminalität,</i>		<i>Planungsverbund Berlin und Umland</i>	62
<i>organisierte</i>	55	<i>Polizei</i>	54, 55
<i>Prävention</i>	56		

<i>Presse, Meinungsvielfalt</i>	48	<i>Umwelterziehung</i>	27
<i>Privatisierung</i>		<i>Umwelt-Genehmigungsverfahren</i>	67
<i>von BSR und BWB</i>	69	<i>Umweltschutz, marktwirtschaftliche</i>	
<i>der BVC</i>	18	<i>Instrumente</i>	65
<i>der Krankenhäuser</i>	42	<i>umweltschonende Technologie</i>	67
<i>staatlicher Aufgaben</i>	11	<i>Vergleichsmietensystem</i>	21
<i>Privatschulen</i>	25	<i>Verkehrsleitsystem</i>	17
<i>privatwirtschaftliche</i>		<i>Verkehrsträger</i>	16
<i>Nahwärmelieferung</i>	68	<i>Verwaltung, »Dienstleister für den Bürger«</i>	52
<i>Produktverantwortung</i>	68	<i>Verwaltung, EDV-Anwendung</i>	56
<i>Schloßplatz</i>	60	<i>Warenverteilzentren</i>	9
<i>Senatsverwaltungen</i>	7, 61	<i>Wasserstraßen</i>	19
<i>Sozial-Sponsoring</i>	35	<i>Wasserwirtschaftskonzept</i>	65
<i>Sozialleistungen</i>	34	<i>Wohnungswasserzähler</i>	70
<i>Sperrstunde</i>	33	<i>Wirtschaftsstandort</i>	7
<i>Spezialschulen</i>	25	<i>Wissenschaftsstandort</i>	8, 28
<i>Stadtautobahnring</i>	9, 17	<i>Wohnungen, Belegungsrechte</i>	23
<i>Standortmarketing</i>	10	<i>Wohnungsbauförderung</i>	21
<i>Subjektförderung</i>	21	<i>Zulassungsverfahren (Hochschulen)</i>	30
<i>Teilzeitarbeit</i>	35		
<i>Traufhöhe</i>	60		
<i>U- und S-Bahnnetz</i>	16, 18		
<i>Umwelt</i>			
<i>Umwelt-Ordnungsrecht</i>	67		

Arbeiten



In seiner wirtschaftlichen Entwicklung hat sich Berlin wieder auf seine eigenen Stärken besonnen. Berlin wird von einer wirtschaftlichen Dynamik erfaßt. Die Berliner erinnern sich an ihren sprichwörtlichen Optimismus und die Liebe zu ihrer Heimatstadt und packen beim Auf- und Ausbau Berlins zu einer der wichtigsten Metropolen Europas kräftig mit an. Mißmut und Anspruchsdenken gehören der Vergangenheit an. In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzt die neustrukturierte Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Umweltschutz erfolgreich neue Akzente. Ihre Politik beweist, daß Wirtschaft und Umweltschutz keine Gegensätze sind, sondern Umweltschutz Arbeitsplätze schafft, langfristig die Gemeinkosten senkt und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin erhöht. Umweltpolitik ist ein unentbehrlicher Teil der Wirtschafts- und Zukunftspolitik und wird nicht mehr als losgelöstes und ideologiebehaftetes Politikfeld betrachtet.

Das neue wirtschafts- und vor allem mittelstandsfreundliche Klima, die zentrale Lage in den neuen Bundesländern, die Nähe zu Osteuropa, die große Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte, die Konzentration von Hochschulen und Einrichtungen in Forschung und Entwicklung sowie die herausragende

► Ressorts zu einer Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Umweltschutz zusammenfassen

► Wirtschaftspolitisches Klima und Image von Berlin verbessern

Stellung Berlins als Kulturmetropole sind Pluspunkte, mit denen Investoren in zukunftsträchtigen Wirtschaftsbereichen zur Ansiedlung bewegt werden konnten. Auch die Nähe der politischen Entscheidungszentren lockt Unternehmen und Verbände in die Hauptstadt. Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur befruchten sich gegenseitig und zeugen Spitzenleistungen mit Weltgeltung.

Der Schwerpunkt der Stadt verlagert sich von der Güterproduktion zur Wissensproduktion und hat dem Industriestandort Berlin einen neuen Inhalt gegeben. Integrierte Produktionsstandorte sind für die gesamte Bandbreite moderner Produktion, von der eigentlichen Produktion über die produktionsnahen Dienstleistungen bis hin zum Management, nutzbar und schaffen in erstaunlich kurzer Zeit neue Arbeitsplätze. Auf diese Weise sind 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Die enge Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft ist ein Berliner Markenzeichen. Der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Johannisthal/Adlershof ist das Zentrum deutscher Innovation. Die Nachfrage nach hochqualifizierten Wissenschaftlern und Technikern kann kaum mehr befriedigt werden. Auf diese Weise sind über 10.000

► Konzepte für integrierte Industriestandorte durch die Stadtplanung entwickeln

neue Arbeitsplätze für Wissenschaftler und Techniker entstanden.

Neue, an den Bedürfnissen der Märkte orientierte Ausbildungsgänge entstehen. Universitäre Forschungsvorhaben, vor allem im fertigungsnahen Bereich, werden zu einem beträchtlichen Teil durch private Unternehmen finanziert. Die Konkurrenz durch private Hochschulen führt zu einer klareren Zielorientierung und höherem Erfolgsdruck sowohl im Ausbildungs- als auch im Forschungsbereich.

Die moderne Infrastruktur der Stadt trägt zur Attraktivität des Standorts Berlin bei. Beim Aufbau wurden gerade im Verkehrsbereich die vorhandenen Potentiale konsequent genutzt. So verfügt Berlin über den internationalen Flughafen Schönefeld und einen geschlossenen Stadtautobahnring, der durch leistungsfähige Ausfallstraßen mit dem Berliner Ring verbunden ist. An Knotenpunkten des Berliner Rings mit dem leistungsfähigen Bahnnetz entstehen Warenverteilzentren, die auf dem Schienenweg mit Subzentren entlang der Ringbahn verbunden sind. Die städtischen Ausfallstraßen und die Innenstadt werden so von schwerem Lieferverkehr entlastet. Auch die Transportkapazitäten über das Wasser werden vergrößert. Transrapid und Hochge-

► Ausbildungskapazitäten der Universitäten, insbesondere in den naturwissenschaftlichen Fächern erweitern

► Verkehrsinfrastruktur als Standortfaktor zielgerichtet ausbauen

schwindigkeitszüge verbinden Berlin mit allen größeren Städten Deutschlands und europäischen Metropolen.

Brachliegende oder nur teilweise genutzte innerstädtische Gewerbegebiete sind von neuen mittelständischen Unternehmen und Handwerkern besiedelt. Der Senat weist großzügig Gewerbeflächen aus und wirkt durch diese Politik der Angebotsvermehrung **dämpfend auf die Gewerbemieten ein**. Die traditionelle »Berliner Mischung« von Wohnen und Arbeiten lebt wieder auf. Arbeitsplätze entstehen wieder in unmittelbarer Nähe zu den Wohnquartieren der Menschen; Produkte und Dienstleistungen werden wieder dort angeboten, wo sie nachgefragt sind.

Die Vermarktung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Berlin erfolgt professionell und erfolgreich. Berlin ist wieder zu einer attraktiven Tourismus- und Kongressstadt geworden. Durch die weltweite, professionelle Vermarktung der Kongresskapazitäten sind die verschiedenen Tagungsstätten gut ausgelastet. Gastronomie und Hotels profitieren sowohl von den zahlreichen Kongressteilnehmern als auch dem ständigen Touristenstrom. Neben der allgemeinen Werbung für das Reiseziel Berlin

► Planungsrechtliche Sicherung und Schaffung von Gewerbeflächen

- Mit professionellem Standortmarketing die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen
- Bisherige Standortvermarkter wegen Ineffizienz abschaffen
- Marketing der Kulturmétropole Berlin verbessern
- Weltweite Kongressakquisition professionalisieren
- Berlin als Reiseziel durch Imagewerbung herausstellen

werden Ausstellungen und andere kulturelle Großereignisse weltweit beworben.

Die Erfolgsbilanz der Unternehmensansiedlungen und die ständig steigende Zahl der Berlin-Besucher hat die Wirtschaft angekurbelt und den Landeshaushalt nachhaltig entlastet.

Ansiedlungs- und expansionswillige Unternehmen haben in der Verwaltung nur noch einen Ansprechpartner, der sie bei den notwendigen Genehmigungsverfahren unterstützt und berät. Die Koordination verschiedener Verwaltungsverfahren ist eine verwaltungsinterne Angelegenheit und belastet nicht mehr die Unternehmer. Ihr Selbstverständnis als Dienstleister für Bürger und Unternehmen setzt die Verwaltung in schnelle und reibungslose Verfahren um.

Die Privatisierung staatlicher Aufgaben hat neue, zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen und mittelständischen Unternehmen große Chancen eröffnet. Diese Arbeitsplätze sichern dem Staat Steuereinnahmen statt ihn Steuergelder zu kosten.

Der wirtschaftliche Austausch mit den angrenzenden osteuropäischen Ländern floriert, Berlin ist eine wichtige Drehscheibe in den Wirtschaftsbeziehungen zu

► Anträge gelten als genehmigt, wenn die Verwaltung nicht innerhalb einer festgesetzten Frist begründet widerspricht

► Durch Privatisierung zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen

► Rahmenbedingungen für den Handel mit Osteuropa verbessern

Osteuropa. Die wirtschaftliche Situation Berlins hat nachhaltig davon profitiert, daß diese Potentiale erschlossen wurden. Auch für den Messe-Standort Berlin haben sich dadurch neue Chancen eröffnet.

Berlin spielt bei der Liberalisierung des Ladenschlusses endlich die Vorreiterrolle. Innerhalb des Berliner S-Bahnringes können alle Geschäfte bis 22 Uhr geöffnet bleiben; außerhalb entscheiden die Bezirke in ihren Zentren individuell. Dies lockt nicht nur Touristen nach Berlin, sondern entzerrt auch die Verkehrsbelastung in der Stadt wesentlich. Die Liberalisierung des Ladenschlusses hat die Flexibilisierung der Arbeitszeit in allen Branchen vorangebracht und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Durch mittelständische Existenzgründungen sind viele neue Arbeitsplätze entstanden. Das Land unterstützt die Menschen, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Alle Förderprogramme sind auf die Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen und vorrangig auf Existenzgründung und -ausweitung in mittelständischen Unternehmen ausgerichtet. Die Berliner Bezirke betreiben eine offensive Ansiedlungsförderung, während sie sich früher bei der Ansiedlung von verarbeitendem Gewerbe und produzierendem Handwerk zurückhielten.

► **Messe-Standort Berlin stärken**

► **Bestehende Ausnahmemöglichkeiten bis zur Abschaffung des Ladenschlußgesetzes voll ausschöpfen**

► **Förderinstrumente in einer Hand zusammenfassen**

► **Einheitliche Förderbedingungen in ganz Berlin**

Die Konsolidierung des Berliner Haushalts hat zur Folge, daß die Gebühren und Entgelte für die Unternehmen langfristig kalkulierbar sind. Die Gewerbesteuer ist abgeschafft.

Berlin verfügt über ein wertvolles Potential an qualifizierten Arbeitskräften. Um dies zu erhalten und auszubauen wird berufliche Aus- und Fortbildung verstärkt gefördert. Die Maßnahmen orientieren sich an den Bedürfnissen einer sich schnell modernisierenden Wirtschaft. Die Qualifikation der Arbeitnehmer ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Berlin ist ein erstklassiger Standort für Unternehmen der Kommunikations- und Medienwirtschaft und somit eine wichtige Kommunikationsmetropole in Europa. Berlin setzt damit seine alte Tradition als Medienzentrum fort. Durch die Konzentration der Kräfte auf Neuansiedlungen an den traditionellen Medienstandorten und deren zukunftsgerechter Ausbau ist die Stadt wieder zu einem Faktor im europäischen Medienkonzert geworden.

► **Gewerbekapitalsteuer und Gewerbeertragsteuer abschaffen**

► **Arbeitsmarktchance der Menschen durch Ausweitung beruflicher Aus- und Fortbildung verbessern**

► **Mit attraktiven infrastrukturellen Angeboten Kommunikationsunternehmen nach Berlin und Umgebung locken**



Fortbewegen

Berlin ist wieder Vorreiter in Sachen fortschrittlicher Verkehrsentwicklung. Die Metropole in der Mitte Europas ist auch diesbezüglich immer mehr zu einem Bindeglied zwischen Ost und West sowie Nord und Süd geworden. Berlin setzt sich mit Erfolg für neue Verkehrsverbindungen zu seinen östlichen und südlichen Nachbarn Polen und Tschechien ein. Die Hauptstadt entwickelt sich infolgedessen immer mehr zu einem bedeutenden Knotenpunkt im internationalen Fernverkehr.

Die Verkehrsanbindung Berlins wurde ohne Zeitverluste bei der Planung realisiert. Der Lehrter Stadtbahnhof wird zwar neuer Zentralbahnhof, findet jedoch durch Fernzüge an anderen Berliner Bahnhöfen eine sinnvolle Ergänzung. Schönefeld ist Berlins internationaler Flughafen, nachdem die Selbstblockade aus der Zeit der „Großen Koalition“ zügig aufgelöst wurde. Schönefeld und Tegel bilden einen Flughafenverbund. Durch die Ausgabe von insgesamt begrenzten Mengen an Lärmemissionskontingenten je Flughafen an die Fluggesellschaften, die diese untereinander frei handeln können, ist trotz des gestiegenen Flugaufkommens die Lärmbelästigung der Standortbevölkerung auf ein zumutbares Ausmaß verringert worden.

- ▶ Erweiterung des Flughafens Schönefeld schnell beschließen
- ▶ Flughafen Tempelhof nach Fertigstellung von Schönefeld schließen
- ▶ Alle Planungen für Sperenberg sofort einstellen
- ▶ Tegel und Schönefeld an das U-Bahnnetz anbinden
- ▶ Lärmbelästigung durch Einführung von Fluglärmemissionskontingenten auf ein zumutbares Maß verringern

Die Zeit nach der Großen Koalition wurde in Berlin genutzt, um die Verkehrspolitik aus ihrer ideologischen Sackgasse zu befreien. Ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander der Verkehrsträger wie Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Fern- und Güterbahn, Binnenschifffahrt, Fahrrad, Fußweg und Auto ist erreicht. Jeder Verkehrsträger kommt dort zum Zug, wo er seine Stärken hat, wobei das Nebeneinander von Fahrrad und Auto auf den Verkehrsstraßen möglich gemacht wurde. Verkehrsträger sind behindertengerecht ausgebaut. Die Förderung oder Einschränkung einzelner Verkehrsträger ist kein Selbstzweck.

Je mehr Berliner nach dem Fall der Mauer ins brandenburgische Umland zogen, umso größer wurde die Notwendigkeit, die Benutzung des Autos durch Berufspendler zu akzeptieren. Großzügige Park + Ride-Möglichkeiten am Stadtrand überzeugen jedoch die Pendler, für ihren Weg das Auto, die U- und S-Bahn sowie den Bus miteinander zu kombinieren. Gleichzeitig ist die Parkraumbewirtschaftung weiter auf die Viertel ausgedehnt, die unter dem Parksuchverkehr besonders zu leiden hatten. Dadurch wird der für Berlin wichtige Wirtschaftsverkehr (Lieferverkehr und Kurzzeitparker) wieder weitgehend ungehindert herangeführt. Für die gleichmäßige

- ▶ Parkraumbewirtschaftungskonzept auf alle Wohnquartiere innerhalb des Stadtautobahnringes ausdehnen
- ▶ ÖPNV-Angebot verbessern, speziell durch Lückenschließung des U-Bahnnetzes, dazu gehört auch die U5 zwischen Alexanderplatz und dem Lehrter Stadtbahnhof (Untertunnelung Unter den Linden)9
- ▶ Mit neuen Straßenbahnverbindungen das West- und Ost-Berliner Nahverkehrsnetz verknüpfen

und möglichst staufreie Auslastung des städtischen Straßennetzes sorgt ein Verkehrsleitsystem.

Durch den technologischen Fortschritt in der Autoindustrie ist es möglich, die Umgebung des Berliner Zentrums für den Pkw erreichbar zu lassen, ohne daß unvermeidbare Lärm- und Emissionsbelastungen auftreten. Das Hauptverkehrsstraßennetz, zu dem auch ein geschlossener Stadtautobahnring gehört, ist mit neuen Verbindungen zwischen den Bezirken und mit Ortsumfahrungen ausgestattet.

Der ÖPNV ist auch ohne Behinderung des Individualverkehrs attraktiv geworden. Es existiert ein funktionierender Nahverkehrsmarkt Berlin/Brandenburg mit zahlreichen – auch privaten – Anbietern, denn auch für den ÖPNV gilt: Nur, wo unter Markt-

- ▶ Mit neuen Straßenbahnlinien das West-Berliner U- und S-Bahnnetz in Einzelfällen ergänzen
- ▶ Flächendeckendes Verkehrsleitsystem mit ausreichender Bereitstellung von P+R-Möglichkeiten schaffen
- ▶ Busspurnetz leistungsfähig ausbauen und nicht zu einer Kombi- und Wirtschaftsspur verkommen lassen
- ▶ Vorrangschaltung für Busse an Ampeln
- ▶ Stadtautobahnring (unter Ausnutzung der S-Bahn-Ringstrecke) schließen und über leistungsfähige Autobahnzubringer mit dem Berliner Ring (A10) verbinden
- ▶ Ortsumgehungen in Köpenick, Schöneweide und Buch
- ▶ Private Anbieter im Personennahverkehr zulassen
- ▶ Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Ergänzung staatlicher und privater Angebote schaffen

bedingungen gewirtschaftet wird, stimmen Preis und Leistung. Diese neuen Rahmenbedingungen für den Nahverkehr beinhalten eine Verpflichtung für private Anbieter, nicht nur „Rosinen zu picken“ und den Staat mit den unrentablen Strecken allein zu lassen.

Die BVG ist eine privatrechtlich strukturierte Gesellschaft, die als leistungsfähiges Verkehrsunternehmen den Landeshaushalt entlastet. Private Zubringerdienste zu Bahnhöfen oder größeren Betrieben, Taxi-Shuttles, Kleinbusdienste, Mitfahrbörsen und Car-Sharing-Angebote tragen ebenfalls zum effizienten Nahverkehr bei.

Das S-Bahnnetz von 1961 wird wieder hergestellt. Das ergänzende Regionalbahnnetz ist ausgeweitet. Zahlreiche Bahnhöfe haben sich zu kleinen Dienstleistungszentren entwickelt, die auch Spätfahrern noch kleinere Besorgungen ermöglichen. Die private Bewirtschaftung sorgt für gepflegte Bahnhöfe und fahrgastfreundlichen Service.

Straßen und Plätze werden als Lebensraum betrachtet. Auch den nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern wird durch einfache und kostengünstige Maßnahmen der Freiraum geschaffen, der in anderen Städten längst selbstverständlich ist.

- ▶ **Privatisierung der BVG**
- ▶ **Neue Verkehrsformen durch Änderung des ÖPNV-Gesetzes ermöglichen**

- ▶ **S-Bahnstrecken nach Hennigsdorf, Nauen und Teltow sowie Vollring um Berlin**

- ▶ **Fahrradspuren konsequent einführen**
- ▶ **Sichere und ausreichend viele Fahrradstellplätze, insbesondere an „Umsteigestellen“**

Durch eine konsequente Verlagerung des Gütertransportvolumens auf Schienenwege und Wasserstraßen konnte der drohende Verkehrskollaps abgewendet werden. Die Kapazitäten der Wasserwege werden unter Beachtung ökologischer Aspekte ausgeschöpft. Im innerstädtischen Bereich werden die Wasserstraßen gleichermaßen als Freizeitbereiche und Wirtschaftswege genutzt. Mit den in den 90er Jahren bereits gebräuchlichen Schiffsgrößen wird das Transportvolumen durch intensivere Nutzung stetig erhöht.

Güterverkehrszentren und Güterverteilstandorte gewährleisten einen rationellen Güterumschlag zwischen Straße, Wasser und Schiene. Fuhrunternehmen, Betriebe und Geschäftsinhaber arbeiten auf der Grundlage gesamtstädtischer und bezirklicher Logistikpläne eng zusammen.

- ▶ **Umbau veralteter Schleusen und Umschlagplätze der Berlin-Brandenburgischen Wasserstraßen, aber auf größere Begradigungen und Querschnittsvergrößerungen für Euroschiffe in Berlin verzichten**

- ▶ **Güterverkehrszentren im Berliner Umland und Güterverteilstandorte innerhalb der Stadt (auf früheren Orts-güterbahnhöfen) einrichten**



Wohnen

Ein menschenwürdiges Leben setzt eine angemessene Wohnung voraus. In Berlin steht ausreichend Wohnraum zur Verfügung. Der qualitative Rückstand bei der Wohnungsversorgung ist eingeholt. Das ausreichende Angebot garantiert ein ausgewogenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Der Wohnungsmarkt regelt sich über Angebot und Nachfrage. Spekulative Mietsteigerungen werden durch das Vergleichsmietensystem Einhalt geboten.

Fehlsubventionierung und Fehlbelegung im sozialen Wohnungsbau gibt es nicht mehr. Die Wohnungsbauförderung ist nicht länger das Faß ohne Boden im Berliner Landshaushalt. Vielmehr ist Wohnungspolitik ein gezieltes Instrument der Sozialpolitik. Im Vordergrund der Wohnungspolitik steht die direkte, individuelle Förderung Bedürftiger. Durch mehr Flexibilität und die verstärkte Anwendung marktwirtschaftlicher Elemente wird eine größere soziale Treffsicherheit erreicht.

Der Anteil der indirekten Förderung ist zugunsten der direkten Förderung des Mieters umgeschichtet worden. Die Förderung läßt sich flexibel gestalten, orientiert sich an der

- ▶ Nutzungsintensität der bebaubaren Flächen erhöhen
- ▶ Freigabe ehemaliger Nutzflächen der Alliierten als Bauland
- ▶ Wohnungsbau auf den Kleingartenflächen in der Innenstadt

- ▶ Vergleichsmietensystem im Ostteil der Stadt einführen
- ▶ Vergleichsmietensystem transparent und kontrollierbar gestalten

- ▶ Marktwirtschaftliche Elemente im sozialen Wohnungsbau einführen
- ▶ Fehlbelegungsabgabe kann dadurch abgeschafft werden
- ▶ Privatisierung des öffentlichen Wohnungseigentums

- ▶ Subjektförderung (Förderung der Mieter) statt Objektförderung (Förderung der Wohnung)

Belastbarkeit des Mieters, schließt eine Fehlbelegung von Sozialwohnungen aus, führt zu Wettbewerb auch im sozialen Wohnungsbau und sorgt für eine gute soziale Struktur in Wohngebieten.

In Berlin sind die planungs- und baurechtlichen Rahmenbedingungen verbessert. Verwaltungsvorschriften sowie unnötige Bürokratie, die das Bauen behindern, sind abgeschafft.

Im Mietwohnungsbau sorgt das verstärkte Engagement selbstnutzender Wohnungseigentümer, gewerblicher Wohnungsunternehmen sowie institutioneller und privater Kapitalanleger für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt.

Steuerliche Anreize und eine angebotsorientierte Baulandpolitik lenken verstärkt privates Kapital in den Wohnungsbau. Die Bildung von Wohneigentum ist ein wesentlicher Bestandteil der Wohnungspolitik. Das im 19. Jahrhundert von Liberalen initiierte Genossenschaftsmodell wurde wiederbelebt.

Die Bindungsdauer für öffentlich geförderte Wohnungen ist an den Zeitraum der öffentlichen Förderung gekoppelt.

- ▶ Wegfall der Baugenehmigungspflicht für einfache Wohnbaumaßnahmen
- ▶ Rechtsverbindliche Fristen im Baugenehmigungsverfahren

- ▶ Privates Kapital mobilisieren

- ▶ Bauland verstärkt bereitstellen
- ▶ Baugebot als Instrument einsetzen
- ▶ Keine Umwandlungsverbote für Altbauwohnungen

- ▶ Kürzere Bindungsdauer

Für einkommensschwache Haushalte hält die öffentliche Hand Belegungsrechte.

Die Einkommensgrenzen für den sozialen Mietwohnungsbau sind an die Einkommensentwicklung gebunden, eine gesetzliche Erhöhung wird abgelehnt.

▶ Ankauf von Belegungsrechten durch die öffentliche Hand

▶ Flexiblere Einkommensgrenzen



Lernen, Lehren und Forschen

Lernen, Lehren und Forschen sind elementare Voraussetzungen der Zukunftssicherung und kardinale Bestandteile liberaler Politik.

Die Schule vermittelt unseren Kindern optimale Fähigkeiten zur eigenen Lebensplanung und Lebensbewältigung im individuellen sowie im gesellschaftlichen Bereich. In Berlin gibt es ein breit gefächertes Schulangebot. Um Chancengerechtigkeit zu erreichen, wird jeder seinen Möglichkeiten und Leistungen entsprechend gefördert.

Neben der Vielfalt der staatlichen Schulen gibt es ein ausreichendes Angebot von Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen).

- ▶ Ausbau von Gymnasien ab der 5. Klasse
- ▶ Mehr neusprachliche, naturwissenschaftliche bzw. Gymnasien mit musikischem Schwerpunkt neben den altsprachlichen Gymnasien
- ▶ Verschiedene Leistungsgruppen für die drei Hauptfächer in der Grundschule in der 5. und 6. Jahrgangsstufe
- ▶ Europaschulen erhalten und ausbauen
- ▶ Spezialschulen im Ostteil der Stadt für die Bereiche Sport, Naturwissenschaften und Musik erhalten
- ▶ Ausbau dieser Schulform auch im Westteil der Stadt
- ▶ Abitur nach 12 Schuljahren

- ▶ Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft erhöhen
- ▶ Keine diskriminierenden Auflagen bei Gründung und Genehmigung, gleiche finanzielle Ausstattung wie Regelschulen

Die Berliner Schulen arbeiten mit einem selbständigen Leistungs- und Verantwortungsbewußtsein. Entscheidungen in Finanz- und Personalfragen werden allein von der jeweiligen Schule getroffen; die Schulen erhalten ein eigenes Budget, über das sie selbständig verfügen. Die Lehrer sind Angestellte der jeweiligen Schule und werden nicht mehr durch Stellenzuweisung versetzt, sondern durch Stellenausschreibung geworben.

Die Eigenverantwortlichkeit der Schule schafft Freiräume für individuelle Gestaltung und persönliches Engagement von Schülern, Eltern und Kollegium. Schülerinnen und Schüler bestimmen ihre Schwerpunktfächer in der Oberstufe selbst. Die die Gesamtnote bestimmenden Fächer gehören zu den verschiedenen Fächergruppen.

Die Gesellschaft ist offen für ihre Schule, die Schule ist offen für die Gesellschaft. Das Konzept der Betreuung an der Schule ist neu überdacht und entwickelt worden. Ganztagschulen nehmen ihren Erziehungsauftrag über den Unterricht hinaus wahr.

► Jede Schule erarbeitet ein eigenes pädagogisches Profil, um den pädagogischen Wettbewerb zwischen den Berliner Schulen zu fördern
► Eigenverwaltung der Schulen

► In jedem Bezirk für jede Schulart mindestens eine Ganztagschule
► Für die Schüler zusätzliche kulturelle, politische und sportliche Angebote zur Verfügung stellen, die in der Verantwortung der Schule liegen

Die Pädagogen bewältigen die veränderte Aufgabenstellung der Schule. Sie reagieren angemessen und rechtzeitig auf gesellschaftlich relevante Probleme, in ihrem Fachwissen sind sie auf dem laufenden.

Kulturelle und demokratische Werte als notwendiger gesellschaftlicher Grundkonsens stehen im Mittelpunkt des Unterrichts. Philosophie und Ethik als Lehrfächer helfen, den Kindern Respekt, Toleranz und gegenseitige Rücksichtnahme zu vermitteln. Die Gesellschaft ist dadurch sozial gefestigter geworden.

Umweltthemen sind Unterrichtsinhalte und werden sowohl in geeigneten Fächern als auch fächerübergreifend unterrichtet.

► Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Pädagogen zur Regel erheben
► Lehrerfort- und Weiterbildung auch im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik
► Einsatz von Multi-Media gezielt fördern, um angemessen auf die sich verändernden Strukturen in der Wirtschaftswelt und Arbeitswelt reagieren zu können
► Lehrerfortbildung in der unterrichtsfreien Zeit

► Ethik und Philosophie als ordentliches Lehrfach einführen, alternativ einen Religionsunterricht in christlichen und nichtchristlichen Religionen als ordentliche Lehrfächer anbieten

► Ausbildung der Pädagogen im Bereich der Umwelt-erziehung verbessern
► Glaubwürdigen Umweltschutz durch ökologisches Bauen von Schulen und entsprechende Gestaltung des Schulumfeldes vermitteln

Berufliche und allgemeine Bildung stehen gleichberechtigt nebeneinander, da anerkannt wird, daß berufliche Bildung gleichermaßen individuellen wie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen dient. Ihre hohe Qualität in Berlin ist ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg und Ausdruck der zentralen Bedeutung für persönliche Entwicklung und Lebensgestaltung. Das bewährte duale System entwickelt sich entsprechend den aktuellen Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Berlin ist wieder ein geistiges Zentrum in Europa und ein moderner Wissenschaftsstandort. Die Arbeitsfähigkeit der Berliner Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen ist gewährleistet; Wissenschaft und Forschung als Grundlagen unserer Zukunft sind gesichert. Die Grundlagenforschung wurde ausgebaut. An den Hochschulen werden Spitzenleistungen erbracht, was Berlin auch für international renommierte Wissenschaftler attraktiv macht.

Die Finanzierung der öffentlichen Hochschulen ist neu geordnet. Ihre Finanzierung orientiert sich an den zu erbringenden Lehrleistungen und der Zahl der zu betreuenden Studenten. Eine Grundfinanzierung sichert mit Hilfe eines Globalhaushaltes die

- ▶ **Berufsbezogene Fächer** verstärkt in der Schule **anbieten**
- ▶ **Zusatzqualifikationen**, die die Ausbildung begleiten und ergänzen sollten, **anbieten**
- ▶ **Finanzielle Absicherung bei Höherqualifizierung** (z.B. Meister-Bafög)

- ▶ **Vorhandene Grundausrüstung** sichern, um dem Verlust von Forschungskapazitäten vorzubeugen
- ▶ **Rückkehr der Max-Planck-Gesellschaft nach Berlin**

- ▶ **Trennung der Hochschulfinanzierung** in Grundfinanzierung und Ergänzungsfinanzierung

Grundausrüstung der Hochschule. Zusätzlich erhält jede Hochschule im Rahmen des Landeshaushaltes eine zweckgebundene Ergänzungsfinanzierung. Sie wird proportional nach dem von den Studierenden nachgefragten Lehrangebot und dem für die Lehre eingesetzten Personal vergeben.

Die Hochschulen und Universitäten sind wirtschaftlich selbständig und stehen untereinander im Wettbewerb, der die Leistungsbereitschaft der Forschenden, Lehrenden und Lernenden fördert. Die Hochschulen werben um leistungswillige Studentinnen und Studenten mit individueller Betreuung.

In Berlin wird die Hochschullandschaft durch Hochschulen in privater Trägerschaft ergänzt. Sie bieten neue Studienwege an, die die Studierenden zielgerichtet auf die Herausforderungen der Informationsgesellschaft vorbereiten.

Nicht mehr der Staat, sondern jede Hochschule entscheidet in eigener Verantwortung über ihre Struktur und über ihr Angebot an Studienfächern und Studieneinrichtungen. Auf diese Weise ist die schnelle Umsetzung neuer Entwicklungen in der Forschung möglich.

- ▶ **Wettbewerb bedeutet auch gleiche Fächerangebote an mehreren Hochschulen**

- ▶ **Private Hochschulen errichten**

- ▶ **Raum für bessere berufliche Qualifikation in Studien- und Prüfungsordnungen schaffen**
- ▶ **Verstärkte Schulung des analytischen Denkvermögens und methodische Kenntnisse der Studenten ausbauen**

Universitäten und Hochschulen vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern auch berufliche Schlüsselqualifikation sowie eine grundlegende wirtschaftliche und soziale Kompetenz.

- ▶ Fähigkeiten zur Kommunikation und Teamarbeit ausbauen
- ▶ EDV- und Fremdsprachkenntnisse erweitern
- ▶ Volle Anerkennung der an anderen, insbesondere an europäischen Universitäten, erbrachten Studienleistungen
- ▶ Mobilität der Studenten zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen verstärkt fördern

Über den Einsatz der Mittel aus der Ergänzungsfinanzierung entscheidet jeder Fachbereich selbständig und eigenverantwortlich. Er bestimmt dabei, ob die Mittel für Professoren, Assistenten, Tutoren, Lehrbeauftragte oder für Zulagen für besondere Lehrleistungen verwendet werden.

Als Folge der veränderten Hochschulfinanzierung haben Studierende die freie Wahl des Studienortes und der Hochschule. Das zentrale Zulassungsverfahren ist aufgehoben.

- ▶ Verstärkte Information an den Schulen über den vorhersehbaren Bedarf an Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt durch das Arbeitsamt und durch private Arbeitsvermittler
- ▶ Die Immatrikulation regelt jede Hochschule nach eigenen Kriterien, gegebenenfalls

Die Zahl der Fachhochschulplätze in Berlin beträgt, wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, 40%.

auch durch Aufnahmeprüfungen und/oder Bewerbungsgespräche

- ▶ Der Fachhochschulbereich Berlin-Brandenburgs wird besonders gefördert



Leben und Zusammenleben

Miteinander leben

Zu Berlin gehört das bewußte, bejahende Erleben der Gegensätze und Vielfalt. Dies ist nicht nur auf unterschiedliche Länderkulturen bezogen. Vielmehr bietet Berlin Platz für Menschen mit unterschiedlichsten, auch gegensätzlichen Lebenserfahrungen und Lebensentwürfen. Die Toleranz findet erst dort eine Grenze, wo die Freiheit eines anderen eingeschränkt wird.

In Berlin wird zielgerichtet denen geholfen, die sich aufgrund äußerer Umstände nicht selbst helfen können. Es gibt einen sozialen Chancenausgleich, um allen Hilfsbedürftigen ein eigenständiges Leben ohne Überbetreuung und Entmündigung zu ermöglichen. Dies hat dazu beigetragen, daß die Berliner, auch wenn sie aus unterschiedlichen Milieus kommen, friedlich, tolerant und in gegenseitigem Respekt zusammenleben.

- ▶ Mit einem Kupferband an die Teilung der Stadt erinnern und mahnen – die Teilung der Stadt überwinden, aber nicht vergessen
- ▶ Gemeinsame Identität durch Kommunikationsorte fördern, z.B. den Tiergarten als Platz zum Klönen, Spielen und Grillen erhalten
- ▶ Berlin ist Gastgeber für fröhliche Feste, auch wenn sie manchem fremd bleiben, wie die Homosexuellen-Demo zum Christopher-Street-Day oder die Love-Parade
- ▶ Keine Sperrstunde in Berlin

Das Steuer- und Transfersystem ist völlig umgestaltet und stärkt in dieser Form individuelle und eigenverantwortliche Vorsorge. Durch die Zusammenlegung von Finanz- und Sozialamt ist eine neue leistungsfähige Behörde entstanden, die im Dienste des Einzelnen steht. Die von jedem Erwachsenen einzureichende Steuererklärung ist durch einen linearen Tarif und den Wegfall zahlreicher Abzugsmöglichkeiten einfach und verständlich. Die steuerliche Freistellung des Existenzminimums wird auch für Kinder berücksichtigt. Aufgrund der Lebensverhältnisse und als Ersatz für die früheren Sozialleistungen (Sozialhilfe, Wohngeld, Bafög etc.) wird ferner der Anspruch auf Bürgergeld berechnet. Auf das Bürgergeld wird das zuverdienende Geld nur teilweise angerechnet. Normal- und Höherverdienende zahlen per Saldo Einkommensteuer. Wenigverdienende erhalten Bürgergeld ausbezahlt.

Berlin ist eine familien- und kinderfreundliche Stadt. Eine ausreichende Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen gewährleistet, daß Eltern den Betreuungsplatz für ihre Kinder auswählen können. Es gibt attraktive Spielplätze und Freizeitanlagen. Die pädagogi-

► Finanzamt und Sozialamt zusammenlegen

► Einzelleistungen des Transfersystems durch das Bürgergeld ersetzen

► Bürokratieabbau durch effizienteres Verwaltungshandeln (z.B. Bedürftigkeitsprüfung im Sozialhilferecht wird überflüssig)

► Deutliche Verbesserung der Situation für Familien durch einen Bürgergeldanspruch für jedes Haushaltsmitglied

► Existenzminimum auch bei Kindern an dem bedarfsgerechten Satz orientieren

► Als Vorstufen zum Bürgergeld Kindergeldzahlungen mit der Steuerschuld durch das Finanzamt verrechnen und neue Einkunftsart „Transfereinkommen“ im Einkommenssteuerrecht einführen

► Bedarfsgerechte Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen (z.B. Elterninitiativ-, Betriebs- und andere private Kitas sowie Tagesmuttermodelle)

schen Kräfte können sich vollständig der Erziehung und Betreuung der Kinder widmen, weil sie von unnötiger Verwaltungsarbeit entlastet sind.

In Berlin haben Familienberatungstellen und -zentren einen festen Platz, um auch in Konfliktsituationen zu helfen.

Junge Familien haben durch spezielle Finanzierungsangebote die Möglichkeit, sich Wohneigentum zu schaffen.

Die Berliner Wirtschaft nimmt ihre soziale Verantwortung wahr, indem sie unter anderem den Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen erhöht hat und sich am Sozial-Sponsoring beteiligt. Die Wiedereinstiegsprogramme für Mütter und Väter, die nach den Kindererziehungszeiten wieder berufstätig sein wollen, werden von den Unternehmen gefördert.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, im Beruf und in der Familie ist erreicht. Familienarbeit und Erwerbsarbeit sind gesellschaftlich gleichgestellt. Frauen gestalten ihr Leben eigenständig und unabhängig von der „Versorgungsinstanz“ Ehe. Jede Frau bezieht ihre eigene Rente.

► Übertragung aller städtischer Kitas auf freie Träger
► Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz durch konsequente Umschichtung der Haushaltsmittel erfüllen

► Beratungszentren erhalten und ausbauen

► Familienfreundliche Finanzierungsmodelle für Wohneigentum

► Generelle steuerliche Anerkennung von Sozial-Sponsoring
► flexible Arbeitszeitmodelle
► Anteil an behindertengerechten Arbeitsplätzen erhöhen

► Rahmenbedingungen für qualifizierte Ausbildungsplätze für Frauen schaffen
► Familienarbeit anerkennen
► Familiensplitting statt Ehegattensplitting

Mit Blick



F.D.P.
Die Liberalen

nach vorn.

Die vielfältigen neuen Formen des Zusammenlebens stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die gesetzlichen Regelungen sind den gesellschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Das ändert nichts daran, daß die Ehe auch weiterhin in der Regel die Lebensform darstellt, die zur Familiengründung gewählt wird. Nicht die Form des Zusammenlebens, sondern die Zahl der Kinder ist der zentrale Anknüpfungspunkt für sozialpolitische, steuerrechtliche und versorgungsrechtliche Leistungen des Staates.

Homosexuelle sind nicht nur rechtlich gleichberechtigt, sondern auch tatsächlich nicht mehr diskriminiert. Jugendliche haben die Möglichkeit, sich über verschiedene Lebensformen zu informieren, um für sich selbst die geeignete zu finden.

Berlin ist eine behindertengerechte Stadt, in der Behinderten die Teilnahme am allgemeinen Leben ermöglicht wird.

Ältere und alte Menschen werden nicht abgeschoben und bevormundet, sie gestal-

- ▶ Nicht-eheliche Lebenspartner in Mietverträge einbeziehen
- ▶ Unterhaltsfragen regeln
- ▶ Erbrechtliche Gleichstellung nicht-ehelicher Kinder

- ▶ Antidiskriminierungsbestimmungen in der Berufswelt gelten auch für Homosexualität
- ▶ Schulische Aufklärung über Homosexualität

- ▶ Betreutes Wohnen für psychisch oder körperlich Behinderte in ausreichendem Umfang zur Verfügung stellen
- ▶ Behindertengerechte öffentliche Verkehrsmittel
- ▶ Bei Neubau von Straßen Bordsteine absenken

- ▶ Komplementäre Einrichtungen als Alternative zu sta-

ten und bestimmen ihr Leben selbst. Die häuslichen Pflegedienste verfügen über ein gutes Netz, so daß z.B. die ambulanten Hilfeinrichtungen wie „Essen auf Rädern“ oder der Hausnotrufdienst selbstverständliche Dienstleistungen von privaten und freien Trägern sind, die insbesondere die Betreuung in der familiären Umgebung unterstützen.

Die Obdachlosigkeit wurde durch die Einrichtung von sozialen Wohngemeinschaften erfolgreich bekämpft, so daß es keine würdelosen Obdachlosenunterkünfte mehr gibt. Eigeninitiativprojekte helfen bei der Wiedereingliederung. Die Selbsthilfe-Projekte in der Stadt sind nicht reglementiert.

Viele Ausländer arbeiten und leben in Berlin. Sie tragen zum Wohlstand der Stadt bei und haben ein Recht auf ihre eigene kulturelle Identität. Sie leisten wichtige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beiträge für unsere Gesellschaft. Berlin ist eine internationale Metropole, in der sich Unternehmen und Institutionen aus aller Welt angesiedelt haben. Mit ihnen gekommen sind Führungskräfte und Mitarbeiter aus ebenso vielen Ländern.

tionären Einrichtungen im Pflegebereich

- ▶ Angebot an ambulanten Pflegediensten in freier Trägerschaft ausbauen

- ▶ Übergangs-WGs für Obdachlose schaffen
- ▶ Obdachlosigkeit vermeiden

- ▶ Kontakt mit den Alliierten in Form von Bildungswerken, gemeinsamen Stiftungen und gelebten Städtepartnerschaften weiterführen

Die Integration und Gleichberechtigung der Nicht-Deutschen in allen Bereichen, insbesondere bei der Wohnungsverorgung, in der Schule, in Ausbildung und Beruf sind verwirklicht. Ihre Teilhabe am politischen Leben der Stadt gehört zum Alltag.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Für eine kontrollierte Einwanderungspolitik gibt es gesetzliche Regelungen (unter den Gesichtspunkten Arbeitsmarkt, berufliche Situation, Wohnraumkapazität und soziale Integration) zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung.

Berlin ist eine offene und vielseitige Stadt, in die Menschen von überall her gerne kommen und in der sie akzeptiert werden. Die kulturelle Vielfalt der Welt spiegelt sich in der deutschen Hauptstadt wider. Die Offenheit der Berliner Gesellschaft erweist sich im Umgang mit Minderheiten, wie z.B. den Nicht-Deutschen, durch Toleranz und Rücksichtnahme.

- ▶ **Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule**
- ▶ **Internationale Schulen wie z.B. Europaschulen errichten**
- ▶ **Kommunales Wahlrecht auf Nicht-EU-Bürger, die seit mehreren Jahren in Deutschland leben, ausdehnen**
- ▶ **Eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen**

- ▶ **Jährliche Einwanderungsquoten festsetzen**

- ▶ **Ständige Auseinandersetzung mit „Toleranz“ in Schule und Ausbildung**

Die Idee der Menschenrechte ist allgemein verbreitet. Ethnische, religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften stehen miteinander im Dialog. Wertvorstellungen des Einzelnen reifen innerhalb einer selbst gewählten oder ethnischen Gemeinschaft.

Gesund leben

Es gibt ein freiheitliches Gesundheitswesen ohne bürokratische Rationierung von Gesundheitsleistungen. Der niedergelassene Arzt ist der Hauptgarant der medizinischen Versorgung.

Die Krankenkassenbeiträge sind im Durchschnitt gesenkt. Die Grundversorgung ist durch eine Versicherungspflicht gewährleistet. Die Krankenkassen stehen untereinander zugunsten der Versicherten im Wettbewerb. Grundlage dieses medizinischen Leistungsrechts bleibt der Anspruch des Versicherten auf die medizinisch notwendigen Leistungen.

Die Deckelung der Ausgaben für ärztliche Leistungen ist abgeschafft. Im Gesundheitswesen wird Leistung honoriert. Es ist von überflüssiger Bürokratie entrümpelt.

- ▶ **Für die Kirchen sowie die religiösen, weltanschaulichen und ethnischen Gemeinschaften Freiräume offenhalten**

- ▶ **Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen**
- ▶ **Niederlassungsfreiheit**

- ▶ **Kostenerstattungsprinzip statt Sachleistungsprinzip**
- ▶ **Kostenbeteiligung für Wahlleistungen**
- ▶ **Sachfremde Leistungen aus dem Steueraufkommen direkt finanzieren**

- ▶ **Budgetierung beenden**
- ▶ **Angleichung der Honorare Ost/West**
- ▶ **Abrechnungswesen vereinfachen**

Die Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen geht nicht zu Lasten der freien Arztwahl. Es gibt keine staatlich verordnete Gesundheitspolitik, auf Grund derer die Krankenkassen direkten Einfluß auf die Arztwahl nehmen können.

Die Krankenhäuser sind in freie und private Trägerschaften überführt. Die Krankenhäuser stehen untereinander im Wettbewerb und unterliegen betriebswirtschaftlichen Kriterien.

Ambulante Operationen sind – wann immer möglich – selbstverständlich. In den Universitätskliniken finden vornehmlich Hochleistungsmedizin und wissenschaftliche Forschung statt. Schwerstkranke erhalten in Hospizen verschiedener Träger spezielle Hilfe.

Für alte, kranke Menschen ist die Betreuungsinfrastruktur mit ambulanten Hilfsdiensten, Tages- und Nachtpflegemöglichkeiten, Einrichtungen der Rehabilitation sowie betreutes Wohnen ausgebaut. Der Bau alten- und krankengerechter Wohnungen wird verstärkt.

In Berlin ist die Zahl der Drogensüchtigen zurückgegangen. Unsere Gesellschaft kann jedoch nie völlig drogenfrei sein, und sie

► Freie Arztwahl und freien Zugang zum Facharzt nicht einschränken

► Privatisierung der Krankenhäuser

► Einführung betriebswirtschaftlicher Kriterien

► Einrichtung eines Lehrstuhles für Geriatrie

► Sozialpolitische Instrumente werden vor strafrechtlichen Instrumenten eingesetzt

kann auch nicht so verändert werden, daß Gefährdete gar nicht erst süchtig werden. Deshalb bewegt sich die Drogenpolitik immer im Spannungsfeld zwischen Strafrecht und Sozialpolitik. Abhängige haben in unserer Gesellschaft eine Chance. Sie haben die Möglichkeit, wieder Verantwortung für ihr Leben zu übernehmen.

Die Verhütung von HIV-Infektionen bleibt ein wichtiger Bestandteil liberaler Drogenpolitik.

Es gibt keine Drogenkriminalität und keine Drogenprostitution mehr. Die Gefährdung der Bürger durch die mit dem Drogenhandel verbundene Kriminalität und der daraus resultierende volkswirtschaftliche Schaden sind rückläufig. Die Sucht wird präventiv bekämpft, um sie nicht später behandeln zu müssen.

Therapeutische Maßnahmen werden da notwendig, wo Prävention nicht gegriffen hat. Für die Therapieangebote gibt es keine Wartelisten und Wartezeiten. Ziel der Therapie ist der Wiedereinstieg in den Beruf, die Entkriminalisierung und ein eigenverantwortliches Leben.

► Legalisierung weicher Drogen

► Ärztlich kontrollierte Abgabe von harten Drogen in Kombination mit niederschwelligen Therapieangeboten

► Zur Prävention von HIV-Infektionen werden an allen Orten in der Stadt, an denen Drogen konsumiert werden, Spritzenautomaten aufgestellt – auch in den Berliner Straf-anstalten

► Prävention in der Schule, in den Betrieben, Vereinen und Jugendorganisationen

► Stationäre und ambulante Therapieplätze staatlicher und privater Träger werden zur Verfügung gestellt

► Für die Therapie mit Ersatzdrogen, wie z.B. Methadon werden verstärkt Therapieplätze zugelassen



Kultur erleben

Kultur ist ein Lebenselixier der Gesellschaft. Eine lebendige Vielfalt der Opernhäuser, Orchester, Theater und Museen, aber auch zahlreicher kultureller Aktivitäten in den Bezirken kennzeichnet Berlin als internationale Kulturmetropole. Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Kultur hat das kulturelle Angebot der Stadt vergrößert.

Das vielfältige kulturelle Angebot ist durch ein breites Angebot freier Träger ergänzt. Sie sind von überflüssigen Vorschriften und ausufernder Bürokratie befreit.

Wichtige, international bekannte und beliebte Kultureinrichtungen sind Bestandteil der Hauptstadt. Die Grundfinanzierung dieser Häuser, wie z.B. Lindenoper, Deutsches Theater, Philharmonisches Orchester Berlin geschieht größtenteils durch den Bund. Die damit im Landeshaushalt frei gewordenen Gelder dienen der Haushaltskonsolidierung. Die Opernhäuser und Theater gehören zum Lebensgefühl dieser Stadt. Durch Umstrukturierungen ist es gelungen, die Zahl der fest angestellten Mitarbeiter der einzelnen Häuser auf ein Minimum zu reduzieren.

Die künstlerischen Produktionen werden verstärkt auch in anderen Städten und im Ausland vermarktet.

- ▶ Für die Hauptstadt wichtige Kultureinrichtungen durch den Bundeshaushalt fördern
- ▶ Personalbedarf durch freie Mitarbeiter, Personalpools und externe Firmen decken

- ▶ Co-Produktionen mit anderen Bühnen

Die Kultureinrichtungen sind allein für ihr Programm und dessen Finanzierung verantwortlich. Dafür erhalten sie staatliche Finanzmittel zur Grundfinanzierung. Einnahmen in Form von Eintrittsgeldern, aus Plattenverkauf, Lizenzeinnahmen, Spenden oder Sponsoring verbleiben gänzlich bei ihnen und werden auf die Grundfinanzierung nicht angerechnet. Die laufenden Ausgaben decken die Kultureinrichtungen durch eigene Einnahmen. Sie wirtschaften nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Staatliche Subventionen sind zunehmend in den Hintergrund getreten.

Die Förderung von Kunst und Kultur wird auch von der Wirtschaft mehr und mehr anerkannt und die Pflege des jeweiligen Firmenimage durch ein finanzielles Engagement für die Kultur erfreut sich bei vielen Unternehmen großer Beliebtheit. Gleichzeitig gehen die Unternehmen verstärkt dazu über, abseits von etablierten Institutionen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen und auch einzelne Künstler unmittelbar zu fördern. Diese Fördertätigkeit der Wirtschaft trägt ganz entscheidend dazu bei, daß die hohe Qualität und die Zukunftsorientierung der Berliner Kultur gesichert ist und die Kulturschaffenden sich eine wirtschaftlich selbständige Existenz aufbauen können.

- ▶ **Größere Eigenverantwortlichkeit der Kultureinrichtungen**
- ▶ **Staatliche Finanzmittel zur Grundfinanzierung**
- ▶ **Betriebswirtschaftliche Kriterien bei der Führung der Häuser**
- ▶ **Abschaffung der Kameralistik**

Die Praxis der Finanzämter wirkt sich nicht mehr hemmend auf die Förderung der Kultur durch die Wirtschaft aus.

Auch die gezielte Förderung einzelner Projekte und Veranstaltungen wird nicht mehr nur als Spende mit begrenzter steuerlicher Absetzbarkeit, sondern als „Werbeaufwendung aus Imagegründen im Kulturbereich“ anerkannt. Ein neugefaßtes Stiftungsrecht ermöglicht es der Wirtschaft, neue kulturelle Stiftungen ins Leben zu rufen und sie großzügig mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Die musische Bildung als ein Mittel der Entfaltung – gerade für Kinder und Jugendliche – gehört zu den tragenden Säulen der Kulturpolitik.

Die öffentlichen Bibliotheken vermitteln Wissen und Lebensqualität für jedermann, und verstehen sich zugleich aber auch als Begegnungsstätten.

Noch vor dem Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg zu einem Land haben sich die beiden Landessender ORB und SFB zu einer gemeinsamen Anstalt vereinigt. Dieser Schritt ist Teil der Reform der ARD.

- ▶ **Einheitliche Anerkennung von Zuwendungen im Kulturbereich als steuerwirksame Betriebsausgaben**
- ▶ **Stiftungs- und Steuerrecht ändern**

- ▶ **Musikschulen und die öffentlichen Bibliotheken bei finanzieller Eigenverantwortlichkeit erhalten und ausbauen**

- ▶ **Möglichst schnelle Zusammenlegung von ORB und SFB**

Die Freiheit von Presse und Funk ist – als ein Grundpfeiler unserer demokratischen Ordnung – geschützt. Der Einfluß der Politik auf die Öffentlich-rechtlichen Anstalten ist zurückgedrängt. Auch der Konzentration von Meinungsmacht wird wirksam entgegengetreten. Ein vielfältiges Meinungsspektrum in der Medienlandschaft ist sichergestellt.

Funk und Fernsehen sind verpflichtet, ihre Verantwortung gegenüber Kindern wahrzunehmen und vor Brutalität im Programm zu schützen.

- ▶ Schutz der Presse vor staatlichen Einflüssen
- ▶ Keine Änderung des Presserechts
- ▶ Besitz- und Einflußverhältnisse bei Funk und Fernsehen offenlegen
- ▶ Begrenzung des Marktanteils von Veranstaltern auf einen Sender oder auf 25 %

- ▶ Kontrollinstitution für elektronische Medien analog zum Deutschen Presserat schaffen



Verwalten und Recht gestalten

Berlin hat eine moderne und effiziente Verwaltung.

Die Finanzlage des Landes Berlin ist konsolidiert. Die Einnahmen decken die Ausgaben. Eine weitere Kreditaufnahme findet nicht mehr statt. Altschulden werden zu einem Teil durch den Verkauf von Immobilienvermögen und Firmenbeteiligungen des Landes getilgt. Zinsen und Tilgung für noch bestehende Verbindlichkeiten des Landes werden aus den laufenden Einnahmen bedient.

Das reformierte Haushaltsrecht ermöglicht die globale Zuweisung von Mitteln für bestimmte Aufgaben. Eine Übertragung von Haushaltsmitteln ins nächste Haushaltsjahr ist möglich.

Projekte und Aufgaben werden nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgerechnet. Die Behörden haben mehr Spielraum beim ziel- und bedarfsgerechten Einsatz von Personal und Haushaltsmitteln.

Die Verwaltung beschränkt sich auf notwendige staatliche Aufgaben. Nicht unmittelbar staatliche Aufgaben sind privatisiert, die Beteiligungen des Landes an den großen Versorgungsunternehmen sind verkauft.

- ▶ Zinsen aus den laufenden Einnahmen bezahlen
- ▶ Verkauf von Immobilienvermögen und Firmenbeteiligungen zur Schuldentilgung

- ▶ Haushaltsrecht reformieren

- ▶ Betriebswirtschaftliche Haushaltsführung einführen

- ▶ Auf den Kern staatlicher Aufgaben beschränken

Die Privatisierung bestimmter Aufgaben hat zu einer höheren Flexibilität und Wirtschaftlichkeit geführt. Die Bürger profitieren auch finanziell von der neuen Konkurrenzsituation in den Versorgungs- und Dienstleistungsbereichen, die früher staatlich betrieben wurden.

Berlin verfügt über eine leistungsfähige und zuverlässige Verwaltung. Durch ihre Struktur ist gesichert, daß sie auch auf Dauer und in Zeiten knapper finanzieller Mittel bezahlbar bleibt. Die Mitarbeiter in der Verwaltung verstehen sich als Dienstleister für den Bürger, der über seine Steuern für ihre Gehälter aufkommt. Die hohe laufende Belastung des Haushalts konnte durch die Reduzierung der Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst verringert werden.

Das Öffentliche Dienstrecht ist so reformiert, daß Einsatzbereitschaft, Qualifikation und Leistungswillen Besoldung und Aufstiegschancen der öffentlichen Bediensteten bestimmen. Das ungerechte System der Beförderung nach Dienstalter ist abgeschafft. Persönliche Flexibilität der Angestellten und Beamten wird belohnt. Wer bereit ist, sich in neue Sachgebiete einzuarbeiten oder in einem anderen Bezirk zu arbeiten, erhöht seine Aufstiegschancen. Der

► Durch Privatisierungen die Bürger finanziell entlasten

► Verwaltung als Dienstleister für den Bürger
► Umstrukturierung des Öffentlichen Dienstes unter Kostenaspekten

► Leistung bei Besoldung und Beförderung berücksichtigen
► Durchlässigkeit der Laufbahnen verbessern

berufliche Wechsel zwischen Wirtschaft und Verwaltung gehört zum Alltag.

Berlin gliedert sich in zehn annähernd gleich große Bezirke. Stadträte werden von den Bezirksverordnetenversammlungen nach fachlichen Kriterien gewählt und nicht mehr nach Parteienproporz besetzt. Die Bezirke haben verwaltungs- und haushaltsrechtlich eigene Kompetenzen. Aufgaben, die einer zentralen Koordinierung bedürfen, werden auf Landesebene in eigenen Behörden zusammengefaßt. Die Bezirksreform hat zu einer Straffung der Verwaltung geführt, die sich für den Bürger in schnelleren Bearbeitungszeiten und durchschaubareren Zuständigkeitsregelungen bemerkbar macht. Bezirks- und Verwaltungsreform haben auch zu einer erheblichen Reduzierung der Kosten auf Bezirksebene geführt. Alleine die Reduzierung auf 10 Bezirke hat zum Abbau von annähernd 100 Stadtratsstellen und 560 Bezirksverordneten geführt. Die jährliche Kostenersparnis liegt bei ca. 50 Mio. DM.

Der Verkauf der landeseigenen Immobilien wurde zu einer konsequenten Ansiedlungspolitik genutzt. Dies hat das Steueraufkommen des Landes gestärkt. Mit der Bundesregierung, den sie begleitenden Verbänden

► Verbesserungen für den Bürger durch eine Bezirksreform
► Zahl der Stadträte und Bezirksverordneten reduzieren
► Politisches Bezirksamt einführen
► Direktwahl der Bezirksbürgermeister
► Änderung des Wahlrechts – Panaschieren und Kumulieren bei Listenwahlen
► Nur noch ein Ansprechpartner für den Bürger in der Verwaltung
► Durch Bürgerbüros in den einzelnen Ortsteilen ist Bürgernähe gewährleistet

► Ansiedlung neuer Firmen mit hohem Steueraufkommen

und den neu angesiedelten Firmen ist eine neue einkommensstarke Mittelschicht nach Berlin gekommen. Dies hat sich positiv auf die Situation des Einzelhandels, der Bauwirtschaft aber auch der Steuereinnahmen ausgewirkt.

Die Wohnungsbauförderung ist umgestellt. Es werden nicht mehr Bauten subventioniert unabhängig davon, wer darin wohnt, sondern die einzelnen Bürger entsprechend ihres Einkommens direkt unterstützt. Durch den Wegfall des Gießkannenprinzips konnten Milliardenbeträge eingespart werden.

Gesetze werden regelmäßig auf ihre Zeitgemäßheit überprüft. Leistungsgesetze werden nur noch befristet verabschiedet. Neue Gesetze werden nur verabschiedet, wenn sich die vorhandenen trotz konsequenter Anwendung und Ausschöpfung als unzureichend erwiesen haben.

Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte arbeiten effizient und gewährleisten so die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.

Hochqualifizierte Mitarbeiter werden flexibel eingesetzt. So steht die Arbeit auch bei Krankheits- oder sonstigen Personalausfällen nicht still. Die Mitarbeiter von Polizei

► **Einsparung von Haushaltsmitteln durch Unterstützung der Bewohner statt Subventionierung der Bauten**

► **Moderne Bürotechnik und -kommunikation einsetzen**
► **Organisatorische Abläufe verbessern**

► **Stärkere Durchlässigkeit der Laufbahnen bei Polizei- und Justizvollzugsdienst**

und Justiz werden genauso gut bezahlt wie für vergleichbare Tätigkeiten in der privaten Wirtschaft.

In der Strafverfolgung gegen die organisierte Kriminalität ermitteln Fachleute (wie z.B. Wirtschaftsprüfer, Bank- und Computerspezialisten), die in der Komplexität dieses Kriminalitätsbereichs erfahren sind.

Neue Methoden wie der genetische Fingerabdruck (DNS-Analyse) werden wissenschaftlich auf ihre Zuverlässigkeit überprüft und bei ausreichender Zuverlässigkeit als Beweismittel anerkannt.

Die Polizei nimmt nur die Aufgaben wahr, die polizeilicher Aktivität bedürfen. Dabei bleibt das staatliche Gewaltmonopol unangestastet.

Mit der Garantie schneller gerichtlicher Entscheidungen wird, gerade im Zivilrechtsbereich, unnötige Zeit- und Geldverschwendung aller Beteiligten verhindert. Auch die zügige Vollstreckung gerichtlicher

► **Kommerzielle Großveranstaltungen (wie z.B. Rockkonzerte und Sportveranstaltungen) von privaten Wachschutzunternehmen betreuen und die Kosten von den Veranstaltern bezahlen lassen**
► **Keine Vollzugsaufgaben in Händen „schwarzer Sheriffs“**

► **Innere Organisation der Gerichte verbessern**
► **Außergerichtliche Streitbeilegung fördern**
► **Vereinfachtes Verfahrensrecht**

Entscheidungen ist eine Selbstverständlichkeit.

Eine bürgernahe und transparente Verwaltung nutzt in vielen Bereichen, auch der Justiz, moderne Kommunikationsmittel, um den Bürgern Informationen verfügbar zu machen.

Die Kriminalität wird an ihren Wurzeln bekämpft und nicht an den Symptomen kuriert. Prävention nach umfassenden Konzepten steht gleichberechtigt neben den repressiven Sanktionen des Strafrechts.

Die Bürger fühlen sich in Berlin sicher und nicht bedroht. Sie können sich in der Stadt angstfrei bewegen. Die Gewalt gegen Frauen hat weiter abgenommen.

- ▶ Vermehrt schriftliche Verfahren
- ▶ Gerichtsvollzieherwesen ausbauen und optimieren
- ▶ Handels- und Vereinsregister auf EDV über eine Datenbank
- ▶ Veröffentlichung der Berliner Gerichtsentscheidungen auf EDV mit On-line-Zugang gegen Benutzerentgelt
- ▶ Verstärkte Berücksichtigung des Täter-Opfer-Ausgleichs
- ▶ Entkriminalisierung jugendtypischer Verhaltensweisen im Bagatellbereich
- ▶ Einrichtung eines Präventionsstabes
- ▶ Bedarfsgerechte Erhaltung und Ausbau von Beratungsstellen für Frauen, vor allem in privater Trägerschaft
- ▶ Frauenhäuser erhalten und Zufluchtwohnungen schaffen
- ▶ Beleuchtete Parkhäuser mit Videoüberwachung
- ▶ Notrufsäulen in den U- und S-Bahnhöfen

Der Gewalt in der Familie wird durch strafrechtliche Sanktionen und psychosoziale Beratungen begegnet.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein Straftatbestand.

Die Privatsphäre bleibt als elementarer Bestandteil unserer Verfassung und liberaler Grundüberzeugung auch in der Multimediagesellschaft geschützt.

▶ Vergewaltigung in der Ehe ebenso bestrafen wie außerhalb der Ehe

▶ Änderung des Strafgesetzbuches

▶ Datenschutz für Drittbeteiligte (z.B. Zeugen) bei Strafverfolgungen verbessern

▶ Sachliche und personelle Stärkung der Datenschutzbeauftragten

▶ Frühzeitige und umfassende Mitwirkung der Datenschutzbeauftragten bei Planung und Entwicklung öffentlicher Datenverarbeitungssysteme



Planen

Berlin ist zur Hauptstadt ausgebaut worden. Das war – nach Kriegszerstörung, Abrissen und jahrzehntelanger Teilung – die zentrale städtebauliche Herausforderung der vergangenen Jahre. Hauptstadt werden, hieß: Schaffen einer weltstädtischen Mitte, in der Politik und Wissenschaft, Kultur und Geschichte auf „Tuchfühlung gehen“ und ihren baulichen Ausdruck finden. Diese Mitte ist das historische Stadtzentrum Berlins, das Gebiet zwischen Tiergarten und Alexanderplatz. Sie ist von zentraler kultur- und baupolitischer Bedeutung für die Aufgabe Berlins als Hauptstadt und Metropole, unbeschadet des insgesamt dezentralen Charakters der Stadt. Die Gestaltung der Mitte läßt sich nicht binnen weniger Jahre „erledigen“, sie ist ständiger Prozeß. An ihm beteiligen sich die besten Köpfe der Welt sowie die aktive und engagierte Bürgerschaft der Stadt.

Berlin ist eine Metropole, in der durch vernetzte Planung die lokale Multifunktionalität gesichert und hergestellt wird. Auf diese Weise konnte insbesondere das Verkehrsaufkommen reduziert, das Entstehen von „Büro-Ghettos“ und Schlafstädten verhindert werden. Der Erhalt und Ausbau der sog. „Berliner Mischung“ aus Arbeiten, Wohnen und Leben hat sich auch unter ökologischen Gesichtspunkten bewährt.

- ▶ Die Mitte gestalten, um Hauptstadt zu werden
- ▶ Regierungsumzug ab 1997
- ▶ Verlagerung sämtlicher politischer Entscheidungszentren und Ministerien nach Berlin

- ▶ „Berliner Mischung“ aus Arbeiten, Wohnen und Leben erhalten und ausbauen
- ▶ Entwicklung der Bezirks- und Ortsteilzentren im Ostteil der Stadt (z.B. die Breite Straße in Pankow, die Schönhauser Allee im Prenzlauer Berg, Köpenicker Altstadt)
- ▶ Investitionsplanung und

Die historische Bausubstanz und die gewachsenen Strukturen werden erhalten und gepflegt. Denkmalschutz ist kein leeres Wort und wird da, wo er sinnvoll ist, mit Nachdruck betrieben. Der Wiederaufbau der noch erhaltenen Teile von Alt-Berlin genießt die besondere Aufmerksamkeit der Berliner.

Die städtebaulichen Gegensätze, die durch die historische Entwicklung entstanden sind, machen das Stadtbild interessant und werden durch die Vielfalt neuer architektonischer Ansätze ergänzt. Die Architektur Berlins setzt neue und richtungsweisende Akzente. Das Geschmacksdiktat des Senats ist abgeschafft. Die Bauherren sind in der Gestaltung ihrer Bauten frei. In Berlin entwickelt sich eine neue Planungskultur, die von der Öffentlichkeit, der Fachwelt, der Politik und den Bauherren gemeinsam getragen wird. Sie trägt wesentlich zu der weltweit vielbeachteten Neugestaltung des Schloßplatzes und des Palastes der Republik bei.

Stadtplanung aufeinander abstimmen

- ▶ Ensembleschutz für Altbaugebiete
- ▶ Kompetenzen des Landeskonservators auf ein sinnvolles Maß zurückführen
- ▶ Zügiger Wiederaufbau des Neuen Museums auf der weltberühmten Museumsinsel
- ▶ Berlins historische Altstadt erneuern

- ▶ Neue Planungskultur für Berlin
- ▶ Berliner Traufhöhe abschaffen
- ▶ Schloßplatz unter Einbeziehung des Palastes der Republik neugestalten
- ▶ Mut zu moderner Architektur wie auch Hochhäusern mit Wohnanteil

Die Stadtmitte ist ein pulsierender Ort des Wohnens und Arbeitens, der Kultur und der Politik. Das Regierungsviertel ist keine Stadt in der Stadt. Mitte ist durch die Regierungsfunktion nicht lahmgelegt. Trotz der Ansiedlung der Hauptstadt- und Regierungsfunktionen in Mitte behält Berlin seine lebendigen Zentren in der ganzen Stadt.

Die Stadtplanung weist Flächen bedarfsgerecht aus, für Wohnen ebenso wie für Industrie und Gewerbe. Traditionelle Industrie- und Gewerbestandorte sind saniert und neue entwickelt. Berlin ist weiterhin ein attraktiver Standort für Dienstleistungsunternehmen und verarbeitendes Gewerbe.

Die ehemaligen Kleingärten in der Innenstadt sind mittlerweile für den Wohnungsbau genutzt. Kleingartenkolonien finden sich am Stadtrand.

Die Voraussetzungen für eine effektive Stadtplanung haben sich günstig entwickelt: Die mit der Stadtplanung befaßten Senatsverwaltungen bzw. Dienststellen wurden zusammengefaßt und arbeiten mit modernem Verwaltungsmanagement und moderner Technik.

- ▶ Wohnraum in Mitte erhalten und schaffen
- ▶ Leistungsfähige Ost-West-Verbindungen

- ▶ Mehr Flächen für Gewerbeansiedlungen

- ▶ Ausweisung von Flächen für Kleingärten am Stadtrand

- ▶ Die Ressorts Stadtentwicklung, Bau-, Wohnungswesen und Verkehr zusammenlegen und den Denkmalschutz dieser neuen Senatsverwaltung zuzordnen


Der Berliner Flächennutzungsplan wurde überarbeitet und ein Entwicklungsplan für die Berliner City erarbeitet.

Eine dichtbebaute Innenstadt braucht gepflegte Parkanlagen, die den heutigen Nutzungsanforderungen entsprechen.

Berlins berühmte Parkkultur früherer Zeiten mit ihren Stadt- und Volksparks wird fortgeführt. Neue Parks sind entstanden und vorhandene Grünflächen sind aufgewertet worden.

Berlin und sein Umland, zu dem auch die Landeshauptstadt Potsdam gehört, bilden einen Planungsverbund. Einer Zersiedlung der Landschaft wird durch die Entwicklung entlang der S-Bahn-Linien entgegengewirkt.

► Neue Parkanlagen für die Innenstadt



Umwelt schützen

Die natürliche Umwelt Berlins wird wirkungsvoll geschützt. Ihre Nutzung erfolgt nur noch unter Beachtung langfristig festgelegter Umweltqualitätsziele und sichert damit die nachhaltige Entwicklung des ökologischen Lebensraumes Berlins.

Umweltbelastende Luftimmissionen treten nicht mehr auf, weder im Winter noch im Sommer. Die „Berliner Luft“ ist wieder „dufte“.

Das überarbeitete Wasserwirtschaftskonzept für Berlin und Brandenburg hat auch die Qualität der Berliner Gewässer deutlich verbessert. Baden gehen ist nirgends mehr ein Risiko. Seen und Flüsse bieten wieder mehr Lebensraum für eine artenreiche Flora und Fauna. Auch die Qualität des Trinkwassers hat sich erhöht. Verschmutzungen sind kaum zu befürchten.

Berlins Wälder sind nicht mehr die ökologisch fragwürdigen Nutzholzlieferanten früherer Zeiten, sondern naturnah bewirtschaftete Mischwälder mit hohem Naherholungswert und Nutzen für das Stadtklima.

Berlin hat seinen Ermessensspielraum genutzt und zur Erreichung der Umweltqualitätsziele konsequent marktwirt-

► Konsequenter Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente für wirksamere und

schaftliche Instrumente eingesetzt. Dadurch blieb die volkswirtschaftliche Belastung so gering wie möglich.

Aus den Umweltqualitätszielen sind mengenmäßig insgesamt begrenzte Emissions- und Nutzungsrechte abgeleitet und staatlich ausgegeben worden. Da diese Rechte von jedermann erworben und veräußert werden können, haben sich Marktpreise herausgebildet, die den wahren Knappheitsgrad widerspiegeln. In den Fällen, bei denen solche mengenmäßig begrenzten Rechte nicht praktikabel sind, werden Steuern für die Nutzung oder den Verbrauch an natürlichen Ressourcen erhoben. Diese Steuern geben auch ohne einen Marktpreis ökonomische Anreize für einen sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Privatwirtschaft, die öffentlichen Verwaltungen und die Bürger haben ihr Verhalten entsprechend angepaßt.

Als Ausgleich für Steuern, die zum Schutz der Umwelt erhoben werden, sind gleichzeitig und im gleichen Umfang Steuern und Abgaben auf Arbeit gesenkt worden. Menschliche Arbeit lohnt sich wieder mehr als Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung.

kostengünstigeren Umweltschutz

- ▶ Einführung von handelbaren Emissions- und Nutzungsrechten und, wo diese nicht praktikabel sind, Einführung von Öko-Steuern
- ▶ Fluglärmemissionskontingente beim Berliner Flughafensystem
- ▶ Kontingentierte Schadstoffeinträge in Oberflächengewässer
- ▶ CO₂-Steuer bis zur Einführung von CO₂-Emissionsrechten

Die Unternehmer haben über den Preis knapper Umweltgüter verlässliche Parameter für Entwicklung und Einsatz umweltschonender Technologien. Ein breiter Innovationsschub, der schnell und langfristig wirksam bessere Umweltbedingungen und neue Arbeitsplätze schafft, ist in Gang gekommen. Investitionen in eine umweltschonendere Produktion sind lohnender geworden.

Um die marktwirtschaftlichen Instrumente zur Geltung kommen zu lassen, sind viele umweltrelevante Gesetze und Verordnungen überarbeitet, entrümpelt und zusammengefaßt worden. Das Ordnungsrecht ist dabei im wesentlichen auf die Gefahrenabwehr reduziert worden. Die Unternehmer sind nicht mehr durch eine Vielzahl und irritierende Formulierungen sowie ständigen Änderungen von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Vorschriften verunsichert.

Umweltrechtliche Genehmigungsverfahren für Produktionsstätten sind nur noch erforderlich, wenn sie mit wirklich wesentlichen Veränderungen der Umwelt verbunden sind oder ein wirklich wesentliches Umweltgefährdungspotential besitzen. Die Verfahren konzentrieren sich auf die Prüfung der Einhaltung von Standards für Anlagensicherheit und Schadstoffemissionen sowie auf

▶ **Innovationsschub für Entwicklung und Einsatz umweltschonender Technologien**

▶ **Umweltrechtliche Gesetze und Verordnungen entrümpeln**

▶ **Genehmigungsverfahren konzentrieren, beschleunigen und transparenter machen**

die Übereinstimmung mit den regionalen Umweltqualitätszielen. Die Genehmigungsverfahren können daher schnell bearbeitet werden, ohne daß die Mitarbeiterzahl der Behörden erhöht werden mußte. Die Entscheidungen sind für Antragsteller und Bürger nachvollziehbar und stoßen auf weit überwiegende Akzeptanz.

Konsumprodukte unterliegen umweltrelevanten Mindeststandards, die die Produktverantwortung der Hersteller konkretisieren. Dazu gehört auch die mit einem für den Konsumenten zumutbaren Aufwand verbundene Rücknahmegarantie zur umweltverträglichen Verwertung oder Entsorgung. Die Verantwortung der Konsumenten bei der Verwendung der Produkte ist dadurch nicht geschmälert, sondern gestärkt worden.

Die öffentlichen Verwaltungen berücksichtigen bei allen Entscheidungen umweltrelevante Aspekte.

Es ist sichergestellt, daß vom Boden keine Gefahr ausgeht. Boden wird als Schutzgut bewirtschaftet.

Soweit öffentliche Gebäude nicht an Fernwärmenetze anschließbar waren, wur-

- ▶ **Mindeststandards vereinbaren und in frühzeitig bekanntgegebenen Schritten einführen**
- ▶ **Produktverantwortung der Hersteller konkretisieren, ohne Verantwortung der Nutzer zu schmälern**
- ▶ **Herstellergarantie zur Rücknahme, z.B. von Elektronikschrott und Alautos**

- ▶ **Mit privatwirtschaftlichen Nahwärmelieferungen**

den sie in wenigen Jahren mit privatwirtschaftlichen Betreibermodellen auf modernste Erdgasanlagen umgestellt. Dadurch wurden nicht nur Energiekosten in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr eingespart, sondern auch Schadstoffemissionen drastisch gesenkt. Insbesondere konnten auch die CO₂-Emissionen aus dem öffentlichen Bereich um 50% reduziert werden.

Um darüber hinausgehende Beiträge zum Klimaschutz zu geben, beteiligt sich Berlin an Joint Implementation Projekten der Vereinten Nationen und finanziert kostengünstige CO₂-Verringerungsmaßnahmen in Entwicklungsländern und bei seinen europäischen Nachbarn.

Die Berliner Wasserbetriebe und die Berliner Stadtreinigung sind nach einer öffentlichen Ausschreibung an die günstigsten Anbieter, die alle Qualitätsanforderungen erfüllten, vergeben worden. Die überzogenen Konzepte der früherer Jahre sind einer bedarfsgerechten Planung gewichen. Trotz der Sanierung der Leitungsnetze und Aufbereitungsanlagen sowie der Hausmülldeponien konnten durch die größere Effizienz der privaten Unternehmen die Wasser- und Hausmüllgebühren stabil gehalten werden.

Energiekosten sparen und Emissionen senken

- ▶ **CO₂-Verringerungsprojekte in Entwicklungsländern fördern**

- ▶ **BSR und der BWB privatisieren**
- ▶ **Leitungsnetze, Aufbereitungsanlagen und Hausmülldeponien bedarfsgerecht und kosteneffizient sanieren**

Auch die Bürger haben direkte ökonomische Anreize zur sparsamen Nutzung knapper Umweltgüter, da die Kosten für die Trinkwasserbereitstellung, die Abwasserreinigung und die Hausmüllentsorgung verursachergerecht abgerechnet werden.

Der Einbau von kostengünstig verfügbaren Wohnungswasserzählern je Mietwohnung ist flächendeckend durchgeführt. Der Verbrauch von Kalt- und Warmwasser wird wohnungsweise gemessen und verursachergerecht auf die Mieter umgelegt.

Durch die Differenzierung der Hausmüllgebühren nach Siedlungsstrukturen und Abfallarten können auch diese Gebühren verursachergerecht zugeordnet werden. Durch Wahlmöglichkeiten von Behältergröße und -leerungsfrequenz, durch Behälteridentifikation und -wiegtung sowie Chipsystemen sind verstärkt Anreize zur Müllvermeidung, zur getrennten Sammlung

► **Direkte ökonomische Anreize auch für den einzelnen Bürger zur sparsamen Nutzung knapper Umweltgüter**

► **Verursachergerechte Kostenabrechnung für Trinkwasser und Abwasser mit Hilfe von Wohnungswasserzählern**

► **Schonung des Grundwassers durch Nutzung aus den Oberflächengewässern für Brauchwasser**

► **Speicherkapazitäten für Regenwasser schaffen, um es sinnvoll zu nutzen, z.B. zur Bewässerung von Grünanlagen**

► **Verursachergerechte Hausmüllgebühren durch Gebührendifferenzierung nach Siedlungsgebietsstrukturen und Abfallarten.**

► **Biotonnen anbieten**

und zur Eigenverwertung von Bioabfall geschaffen worden. Auf neue teure Hausmüllverbrennungsanlagen konnte daher zum Teil verzichtet werden.

Auch die Abrechnung der Wärmeversorgung erfolgt nach entsprechenden rechtlichen Änderungen rein verbrauchsabhängig und schafft auch hier für den einzelnen Bürger Anreize zum Energiesparen.

Ich interessiere mich für die Arbeit der Berliner F.D.P.

Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zu folgendem Thema:

Ich möchte gerne zu Veranstaltungen der F.D.P. eingeladen werden.

Ich möchte gerne in der F.D.P. aktiv werden. Bitte schicken Sie mir einen Aufnahmeantrag und die Adresse des für mich zuständigen Orts- oder Bezirksverbandes.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Telefax _____

Einfach diesen Coupon ausschneiden und einsenden an:
F.D.P. Landesverband Berlin, Mohrenstraße 20/21, 10117 Berlin-Mitte